

Antrag öffentlich	Datum 17.05.2006	Nummer A0093/06
Absender Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	01.06.2006	

Kurztitel Mehrsprachigkeit an staatlichen Schulen
--

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter den Eltern bereits angemeldeter schulpflichtiger Kinder an staatlichen Grund- und Sekundarschulen eine Umfrage durchzuführen, die den Bedarf von mehrsprachigem Unterricht an Magdeburger Schulen ermittelt.

Diese Umfrage sollte in Form eines Elterbriefes mit Rückantwort erfolgen, die sowohl per Post als auch per Internet oder Telefon an die Stadtverwaltung gesendet werden kann.

Die geplante Umfrage-Aktion ist durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit vorzubereiten und begleitend zu unterstützen.

Bei ausreichender Nachfrage aus der Elternschaft (Klassen bzw. Schulstärken) sind mit dem Land entsprechende Gespräche zu führen mit dem Ziel, Magdeburg als landesweiten Standort der mehrsprachigen Ausbildung zu etablieren.

Begründung:

Die jüngst von der Verwaltung gemachten Aussagen, dass es für staatliche mehrsprachige Grundschulen keinen Bedarf gibt, dürfte wohl in dieser Absolutheit nicht zutreffend sein. Allein die Anmeldungen an privaten Schulen, die solche Angebote machen, sprechen eine andere Sprache. Und das, obwohl an privaten Schulen Schulgeld zu zahlen ist.

Auch Kinder, deren Eltern sich das Schulgeld an privaten Schulen nicht leisten können, sollen ebenfalls die Chance auf eine solche Ausbildung haben. Denn: Gerade Sprachen werden immer wichtiger.

Doch bislang stehen sich verschiedene Aussagen über die Notwendigkeit und den Bedarf eines solchen Angebotes gegenüber. Erst auf der Basis konkreter Zahlen ist es sinnvoll, geeignete Maßnahmen zu diskutieren und zu ergreifen, die es den Schülerinnen und Schülern an staatlichen Schulen ermöglicht, ihre sprachlichen Fähigkeiten früher und intensiver zu entwickeln.

Magdeburg könnte sich durch die Etablierung möglichst vieler Angebote in diesem Bildungsbereich bundesweit profilieren und mittelfristig noch attraktiver als Wirtschafts- und Forschungsstandort wahrgenommen werden.

Alfred Westphal
Fraktionsvorsitzender